



WHKT-STELLUNGNAHME

zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien

I. Allgemeines

Die angestrebte LEP-Änderung zur Schaffung der landesplanerischen Grundlage für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien wird vom nordrhein-westfälischen Handwerk ausdrücklich unterstützt. Dieses Vorhaben ist ein zentraler Baustein zur Diversifizierung der Versorgungsinfrastruktur, zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit und des Klimaschutzes sowie zur nachhaltigen Senkung des Strompreises. Damit kann die geplante Flächenerweiterung für Erneuerbare Energien im LEP einen wichtigen Beitrag für eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung für die nordrhein-westfälische Wirtschaft leisten.

Zu begrüßen ist, dass die Hinweise des nordrhein-westfälischen Handwerks zu den Eckpunkten der LEP-Änderung im Oktober 2022 Eingang in den nun vorliegenden Entwurf gefunden haben. Dies gilt insbesondere für die Einschränkung der möglichen Flächeninanspruchnahme von Windenergieanlagen und Freiflächen-Solarenergieanlage in Gewerbe- und Industriegebieten (im folgenden GE und GI), damit diese vorrangig für dort typische gewerbliche Nutzungen zur Verfügung stehen.

Im neuen Entwurf des Landesentwicklungsplans fehlt allerdings das im Koalitionsvertrag angekündigte Vorhaben, Flächen für Erneuerbare Energien in der Flächenstatistik nicht auf die Neuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen anzurechnen. Dies ist erforderlich, damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Blick auf das angestrebte Flächensparziel (5 ha-Grundsatz), das mit der nächsten Änderung in den LEP aufgenommen werden soll, nicht die ohnehin schon bestehende Flächenkonkurrenz weiter verschärft. Eine entsprechende Formulierung sollte daher unbedingt ergänzt werden.

II. Im Einzelnen

Zum neuen Ziel 10.2-2: Vorranggebiete für die Windenergienutzung

Die Eröffnung der Möglichkeit zur Umverteilung der Flächenziele zwischen den sechs Planungsregionen wird ausdrücklich begrüßt. Dieses Verfahren schafft insbesondere für dicht besiedelten Planungsregionen wie den Regierungsbezirk Düsseldorf und das Verbandsgebiet des Regionalverbandes Ruhr mehr Flexibilität, indem etwa eine Unterdeckung von Windenergiebereichen aufgrund vorhandener Restriktionen durch eine Überdeckung in anderen Planungsregionen ausgeglichen werden kann.



Zum Grundsatz 10.2-3: Abstand von Bereichen Flächen für Windenergieanlagen

Der pauschale Mindestabstand von Windenergieanlagen zu allgemeinen und reinen Wohngebieten von 1.500 Metern wurde vom nordrhein-westfälischen Handwerk in einer Stellungnahme zur ersten LEP-Änderung als zu unflexibel eingeschätzt und daher kritisch bewertet. Folglich wird die Streichung dieses Grundsatzes nun begrüßt.

Zum neuen Ziel 10.2-12: Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten

Ein forcierter Ausbau von Windenergieanlagen in GE- und GI-Gebieten kann zu einer Verstärkung der Flächenkonkurrenz und insbesondere mit Blick auf notwendige Abstandsflächen, Schatten- und/oder Schallwurf zu einer Einschränkung der gewerblichen Nutzung durch Handwerks- und Gewerbebetriebe führen. Daher ist zu begrüßen, dass die Windenergienutzung in GE- und GI-Gebieten explizit nur als arrondierende und den anderen gewerblichen und industriellen Nutzungen untergeordnete Nutzung vorgesehen ist. Insbesondere die angestrebte Nutzung vorhandener ohnehin notwendiger Abstandsflächen und arrondierender Restflächen ist aus unserer Sicht effizient und sinnvoll.

Es bedarf einer Präzisierung des Begriffs der „untergeordneten Nutzung“ und einer entsprechenden Klarstellung, ob hier eine flächenhafte Unterordnung (Fläche der WEA im Verhältnis zur Fläche des gesamten Gebiets), eine Unterordnung i.S. einer baulichen Nebenanlage gegenüber einer selbstständigen baulichen Anlage, eine auf die Anlagenanzahl (WEA-Anlagen im Verhältnis zu den anderen gewerblichen Anlagen) bezogene Unterordnung oder eine auf den Betriebszweck (z.B. Versorgung des Gewerbegebietes) bezogenen Unterordnung gemeint ist.

Zum neuen Grundsatz 10.2-17: Besonders geeignete Standorte für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum

Die vorrangige Ausweisung von Freiflächen-Solarenergieanlagen bis zu einer Entfernung von 500m entlang von Bundesfernstraßen und überregionalen Schienenwegen wird dort kritisch gesehen, wo regionalplanerisch dargestellte Siedlungsfläche überplant würden. Entlang vorhandener Verkehrsinfrastruktur vollzieht sich erfahrungsgemäß häufig eine Weiterentwicklung von Wohnbau- und Wirtschaftsfläche. Daher befinden sich genau an den im Grundsatz genannten Straßentypen die Suchräume für Siedlungsflächen und Siedlungsflächenpotentiale. Diese nun mit Freiflächen Solarenergieanlagen zu überplanen kann somit zu weiteren Gewerbeflächenengpässen führen.

Des Weiteren darf der Zubau von solchen Anlagen nicht dazu führen, dass der Ausbau von Infrastruktur verhindert bzw. eingeschränkt wird oder entsprechende Planungsverfahren verzögert werden. Daher ist im Einzelfall immer eine potenzielle Beeinträchtigung von geplanten oder angedachten Infrastrukturweiterungsprojekten zu prüfen.

Zum neuen Grundsatz 10.2-18: Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum

Wie auch bei der Errichtung von Windenergieanlagen kann der forcierte Ausbau von Freiflächen-Solaranlagen in GE- und GI-Gebieten zu der bereits beschriebenen Verringerung des Gewerbeflächen-



angebots für Handwerksbetriebe sowie zu einer Zunahme der Nutzungskonkurrenz führen. Daher wird ausdrücklich begrüßt, dass Freiflächen-Solaranlagen im Siedlungsraum nur als arrondierende und den anderen gewerblichen oder industriellen Nutzungen flächenhaft untergeordnete Nutzung möglich sein sollen. Positiv ist zudem, dass explizit darauf hingewiesen wird, dass die Nutzung der Freiflächen-Solaranlagen die Nutzung anderer gewerblichen Nutzungen nicht beschränken darf.

Mit Blick auf die Flächenknappheit in vielen dicht besiedelten Regionen Nordrhein-Westfalens sollten aus Sicht des Handwerks unter der Maxime der Technologieoffenheit bevorzugt die Flächenpotenziale in bebauten GE- und GI-Gebieten für die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien intensiver genutzt werden, etwa durch großflächige Solaranlagen auf Dachflächen oder über notwendigen Stellplatzflächen. Daher wird begrüßt, dass auch der LEP den Weg der Nutzung existierenden baulicher Anlagen unterstützt.

Düsseldorf, 07.07.2023